

„Flüchtlinge“: Zig Milliarden für Zahnersatz!



Wenn ein Eindringling bei uns in Deutschland registriert ist, hat er 15 Monate lang „nur“ einen Anspruch auf Behandlung bei akuten Erkrankungen oder Schmerzzuständen. Danach dürfen sich die „Flüchtlinge“ genauso wie Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen Zahnersatz verpassen lassen. Die Kosten für eine Komplettbehandlung belaufen sich auf etwa 10.000 Euro. Da viele der Kolonisten, die sich bereits hier befinden, einen katastrophalen Gebiß-Zustand haben, rechnen Experten mit Gesamtkosten von mehreren Milliarden Euro.

In den Stuttgarter Nachrichten ist zu lesen:

Zahnärzte befürchten, dass durch die Behandlung von Flüchtlingen bald Milliardenkosten anfallen könnten. Denn zumindest bei den Asylsuchenden, die wegen Beschwerden in ihre Praxen kommen, ist der Zustand des Gebisses oft katastrophal. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg bestätigt das: „Bei einem großen Teil der Flüchtlinge besteht Bedarf auf eine umfassende

zahnmedizinische Behandlung oder Sanierung der Gebisse. Das ist mit entsprechenden Kosten verbunden“, sagte Direktor Knuth Wolf unserer Zeitung. (..)

Experten gehen aber von Kosten in Höhe von 10?000 Euro pro Komplettbehandlung aus. Angesichts der Flüchtlingszahlen könnte sich das schnell auf mehrere Milliarden Euro summieren. Sie würden wohl an den Sozialkassen hängen bleiben.

Die Stuttgarter Nachrichten berichten auch, dass die bockbeinige Bundeskanzlerin an ihrem bisherigen Kurs in der „Flüchtlings“-Frage weiterhin stur festhalten will. Damit dürften ihre Tage gezählt sein. Im März gibt es einen EU-Gipfel zur erwünschten „Umverteilung“ der Invasoren in Europa, und da könnte sie ihr finales Waterloo erleiden, denn kaum ein anderer europäischer Staat ist so bescheuert, sich zehntausende Mohammedaner ins Land schaufeln zu lassen. Falls Merkel danach nicht radikal umschwenkt, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit aus der Union der Versuch erfolgen, sie per Misstrauensvotum zu stürzen. Falls es durchgeht, darf man schon jetzt spekulieren, wer danach kommt: Vielleicht Wolfgang Schäuble als Übergangskanzler bis zur Bundestagswahl 2017?